

Amtliche Bekanntmachung

Beschlüsse des Grossen Gemeinderates vom 12. Dezember 2011

- I. Das Geschäft Nr. 2011/102 betr. Kredit von CHF 5'750'000 für Projekt Nr. 19152 Bau eines zweiten Rechenzentrums wird mit dem Auftrag an den Stadtrat zurückgewiesen, die «Colocation-Variante» detaillierter zu prüfen.
- II. Die Einzelinitiative R. Zbinden betr. Wohnraum für alle wird nicht vorläufig unterstützt und damit als erledigt abgeschrieben.
- III. Das Reglement über die Entschädigung an Behördenmitglieder vom 27. März 2006 wird wie folgt geändert:
§ 9 Abs. 2:
"Für die Protokollführung in den Kommissionen des Grossen Gemeinderates (ausgenommen die Bürgerrechtskommission) und der Ratsleitung beträgt die Entschädigung Fr. 120.-- pro angebrochene Stunde."
§ 9 Abs. 3:
"Für die Protokollführung in der Bürgerrechtskommission und der Interfraktionellen Konferenz beträgt die Entschädigung Fr. 60.-- pro angebrochene Stunde."

Diese Änderungen treten per 1. Januar 2012 in Kraft.
- IV. Für die Durchführung des Stadtfestes 2014 wird ein Kredit von Fr. 1,5 Mio. zu Lasten der laufenden Rechnung unter der Produktegruppe Städtische Allgemeinkosten und Erlöse bewilligt. Für diese Kosten wird eine separate Kostenstelle eröffnet.
Die Fr. 1,5 Mio. teilen sich wie folgt auf die Jahre 2012 - 2014 auf:
2012: Zusatzkredit von Fr. 0,5 Mio. Die Globalkreditlimite 2012 wird entsprechend erhöht.
2013 und 2014: Budgetierung von jährlich Fr. 0,5 Mio. im ordentlichen Budgetprozess.
- V. Der Beschlussantrag Y. Beutler (SP), H. Keller (SVP), B. Günthard-Maier (FDP), M. Zeuglin (GLP), M. Stauber (Grüne/AL), M. Baumberger (CVP) und L. Banholzer (EVP/EDU) betr. Abschaffung der Bewilligungspflicht für Kleinstbauten wird zur Vorberatung und Antragstellung an die gemeinderätliche Sachkommission Bau und Betriebe überwiesen.
- VI. Das Postulat O. Seitz (SP), M. Wäckerlin (GLP/PP), M. Stauber (Grüne/AL), Ch. Ingold (EVP) und F. Albanese (CVP) betr. mehr Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich wird an den Stadtrat überwiesen.

- VII. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat B. Günthard-Maier (FDP) betr. „Zentrales Frühförderungselement „Deutsch“ integrieren – zum Nutzen aller“ wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen. 2. Das Postulat wird damit als erledigt beschrieben.
- VIII. 1. Der öffentliche Gestaltungsplan "Sport- und Freizeitanlage Reitplatz" wird festgesetzt.
2. Der Stadtrat wird eingeladen, den Festsetzungsbeschluss zum öffentlichen Gestaltungsplan "Sport- und Freizeitanlage Reitplatz" zu publizieren und während der Rekursfrist aufzulegen sowie die Genehmigung durch die Baudirektion einzuholen.
- IX. Die Motion H. Keller (SVP) betr. Anpassung der Materialisierungsvorschriften in den Erhaltungszonen wird an den Stadtrat überwiesen.
- X. Die Motion R. Diener (Grüne/AL), Ch. Ulrich (SP), B. Meier (GLP) und L. Banholzer (EVP/EDU) betr. Revision der kommunalen Parkplatz-Verordnung (PP-VO) wird an den Stadtrat überwiesen und erheblich erklärt.
- XI. 1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat D. Schraft (Grüne/AL), U. Böni (SP) und M. Zeugin (GLP) betr. Bodenversiegelung wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen. 2. Das Postulat wird damit als erledigt beschrieben.
- XII. Die Interpellation F. Helg (FDP) betr. ungenutztes Potenzial des Bus-Fahrgast-Informationssystems wird aufgrund der stadträtlichen Antwort als erledigt beschrieben.

Rechtsmittel:

- Beschwerde an den Bezirksrat; Frist 30 Tage ab Publikation
- Stimmrechtsrekurs an den Bezirksrat; Frist 5 Tage ab Publikation

Referendum an den Stadtrat

Frist: 30 Tage ab Publikation

Winterthur, 15. Dezember 2011 (Publikationsdatum)

Stadtkanzlei Winterthur

Internet: <http://stadt.winterthur.ch/stadt-politik/grosser-gemeinderat/sitzungstermine-des-grossen-gemeinderates>